

**Zeitschrift:** Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde  
**Herausgeber:** Historische und Antiquarische Gesellschaft zu Basel  
**Band:** 117 (2017)

**Artikel:** Die Etablierung der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland im Spiegel der bürgerlich-liberalen Presse von Basel : die Basler Nachrichten und die National-Zeitung in den Jahren 1933/34  
**Autor:** Bühler, Kai Arne  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-736816>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 03.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# **Die Etablierung der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland im Spiegel der bürgerlich-liberalen Presse von Basel. Die *Basler Nachrichten* und die *National-Zeitung* in den Jahren 1933/34\***

von Kai Arne Bühler

## **Vorbemerkungen**

Als Anfang 1933 in Deutschland die Nationalsozialisten mit der Ernennung von Adolf Hitler zum Reichskanzler an die Macht gelangten, war Basel eine hochindustrialisierte Grossstadt, die enge Verbindungen zur deutschen Nachbarschaft aufwies. Durch den mit der Industrialisierung einhergehenden wirtschaftlichen Aufschwung hatte Basel im Verlauf des 19. Jahrhunderts eine in die umliegende Region ausstrahlende Zentrumsfunktion für Beschäftigung, Dienstleistungen, Ausbildung und Kultur erlangt.<sup>1</sup> Aufgrund ihrer geografischen Lage wurde die Grenzstadt daher auch für die Menschen aus dem benachbarten südbadischen Gebiet ein attraktiver Anziehungspunkt. Im Jahr 1930 lebten 21 269 Deutsche in Basel. Sie stellten rund 14,5 Prozent der Gesamtbevölkerung der Stadt und bildeten gleichzeitig auch die grösste Ausländergruppe.<sup>2</sup> Der grosse Anteil von deutschen Staatsangehörigen an der Basler Bevölkerung ist ein deutliches Indiz dafür, dass die Stadt enge Verbindungen zu ihrer deutschen Nachbarschaft hatte.

Auf die überwiegend unkomplizierten wirtschaftlichen, kulturellen sowie persönlichen Kontakte zwischen Basel und der südbadischen Grenzregion in der Zeit vor 1933 hat auch unlängst Robert Neisen mit seiner Studie zum Nationalsozialismus in Lörrach

\* Der vorliegende Aufsatz basiert auf der im Sommersemester 2015 fertiggestellten Masterarbeit mit dem Titel «Deutschland und der Nationalsozialismus im Spiegel der bürgerlich-liberalen Presse von Basel – Die *Basler Nachrichten* und die *National-Zeitung* in den Jahren 1933 und 1934» von Kai Arne Bühler (M.A.), die am Historischen Seminar der Universität Freiburg im Breisgau unter Betreuung von Prof. Dr. Willi Oberkrome angefertigt wurde. Mein Dank gilt Dr. Hermann Wichers vom Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt, der mit Rat und Hinweisen zur Entstehung der Arbeit beigetragen hat.

1 Vgl. Josef Mooser: Konflikt und Integration – Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in der «Wohlfahrtsstadt», in: Georg Kreis/Beat v. Wartburg (Hgg.): Basel – Geschichte einer städtischen Gesellschaft, Basel 2000, S. 226–263, hier S. 226.

2 Vgl. Hans Berner/Claudius Sieber-Lehmann/Hermann Wichers: Kleine Geschichte der Stadt Basel, Leinfelden-Echterdingen 2008, S. 233.

hingewiesen.<sup>3</sup> Dieser Befund passt zur allgemeinen Einschätzung in der schweizerischen Historiographie, wonach sich das Verhältnis zwischen Deutschland und der Schweiz – speziell der deutschsprachigen Schweiz – bis weit in die Zwischenkriegszeit hinein überwiegend positiv und unkompliziert gestaltete, auch wenn nicht mehr von einer Anlehnung respektive Orientierung an den deutschen Nachbarn, wie noch in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, gesprochen werden kann.<sup>4</sup> Diese Einschätzung bestätigt auch ein Bericht des Basler Regierungsrates zur Abwehr staatsfeindlicher Umtriebe von 1946, der zum Zusammenleben mit den Deutschen festhält, dass in den Jahren vor 1933 das «Verhalten der in Basel ansässigen Deutschen [...] im grossen und ganzen zu keinen Klagen Anlass»<sup>5</sup> gegeben habe.

Vor dem Hintergrund der vielfältigen Bindungen Basels zur deutschen Nachbarschaft sowie dem alltäglichen Umgang mit der grossen Anzahl von Deutschen in der Stadt ist es von Interesse, wie aus der Perspektive einer schweizerischen Grenzstadt die Etablierung der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland wahrgenommen, dargestellt und charakterisiert wurde. Bei der Beantwortung dieser Frage kommt der Basler Presse als zeitgenössisch wichtigstem Instrument der öffentlichen Meinungsbildung eine besondere Bedeutung zu. Der Blick richtet sich dabei auf die bürgerlich-liberale Presse, vertreten durch die *Basler Nachrichten* und die *National-Zeitung*.<sup>6</sup>

Ziel des vorliegenden Aufsatzes soll es sein, die Berichterstattung der *Basler Nachrichten* und der *National-Zeitung* über die Etablierung der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland in den Jahren 1933 und 1934 darzustellen und zu analysieren. Die Untersuchung beschränkt sich auf diese beiden Jahre, da sie als entscheidender Zeitraum für die Etablierung des NS-Regimes angesehen werden können, mit der Ernennung Adolf Hitlers zum deutschen Reichskanzler am 30. Januar 1933 und dem Tod von Reichspräsi-

3 Vgl. Robert Neisen: Zwischen Fanatismus und Distanz – Lörrach und der Nationalsozialismus, Bötzingen 2013, S. 14–40.

4 Vgl. Georg Kreis: Von der Anlehnung zur Abgrenzung. Schweizerische Beziehungen zu Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, in: Ders. (Hg.): Vorgeschichte zur Gegenwart. Ausgewählte Aufsätze, Bd. 3, Basel 2005, S. 455–470, hier S. 460–463.

5 Bericht des Regierungsrates über die Abwehr staatsfeindlicher Umtriebe in den Vorkriegs- und Kriegsjahren sowie die Säuberungsaktion nach Kriegsschluss. Dem Grossen Rate des Kantons Basel-Stadt vorgelegt am 4. Juli 1946, Basel 1946, S. 7.

6 Die *Basler Nachrichten* und die *National-Zeitung* werden in der Folge auch mit BN und NZ abgekürzt.

dent Paul von Hindenburg am 2. August 1934 als Eckpunkte. Die Analyse der Berichterstattung der beiden Zeitungen innerhalb dieser Zeitspanne orientiert sich an bedeutsamen politischen Beschlüssen und Ereignissen in Deutschland, wie beispielsweise der Bekanntgabe des «Ermächtigungsgesetzes» im März 1933, dem Prozess der «Gleichschaltung» im Frühjahr/Sommer 1933 oder der Ausschaltung der SA-Spitze um Ernst Röhm im Sommer 1934. Aber auch die Bedeutung der lokalen Perspektive wird anhand der Berichterstattung über die Auswirkungen des sich etablierenden NS-Regimes in der Grenzregion exemplarisch aufgezeigt.

Die *Basler Nachrichten* und die *National-Zeitung* waren zu Beginn der 1930er Jahre die mit Abstand grössten und bedeutendsten Tageszeitungen der vielfältigen Basler Presselandschaft jener Jahre.<sup>7</sup> Die *Basler Nachrichten* hatten eine liberal-konservative Prägung und standen der Liberalen Partei nahe. Dies lässt sich exemplarisch am damaligen Chefredaktor aufzeigen, dem bekannten Publizisten und Politiker Albert Oeri, der nicht nur bei der Zeitung federführend war, sondern sich auch für die Liberale Partei auf kantonaler wie bundesstaatlicher Ebene politisch betätigte.<sup>8</sup> Aber auch der Blick auf die weiteren Mitglieder der Zeitungsredaktion unterstreicht die liberal-konservative Prägung.<sup>9</sup> Die *National-Zeitung* hatte demgegenüber eine eher linksliberale Ausrichtung und stand der Radikal-Demokratischen Partei nahe. Die Berichterstattung der *NZ* wurde – im Gegensatz zu den *Basler Nachrichten* mit ihrem tonangebenden Chefredaktor Oeri – durch ein Redaktionskollegium geprägt. Auch hier konnte mit Hilfe der «Sammlung biographischer

7 In Basel erschienen zu diesem Zeitpunkt insgesamt sechs parteinahe oder parteieigene Zeitungen. Die Auflage der *Basler Nachrichten* lag im Jahr 1930 bei 17 000, die der *National-Zeitung* bei 37 000. Die Auflagenzahlen der restlichen Basler Tageszeitungen überschritten jeweils nicht die Marke von 6200 Exemplaren. Zur Geschichte der Basler Presselandschaft siehe die konzise Analyse von David Tréfás: *Kleine Basler Pressegeschichte*, Basel 2016, hier vor allem S. 49–56. Verifizierbare Auflagenzahlen aus den Jahren 1933/34 liegen nicht vor, die *NZ* selbst bezifferte in einzelnen Ausgaben ihre Auflage auf 39 000 bis 53 000. Die *BN* machte hierzu keine Angaben.

8 Zur Person von Albert Oeri siehe die Darstellung von René Teuteberg u.a.: *Albert Oeri, 1875 bis 1950. Journalist und Politiker aus Berufung*, Basel 2002. Dem Basler Grossen Rat gehörte Oeri von 1908 bis 1948 an, dem Schweizer Nationalrat von 1931 bis 1949.

9 Dank der «Sammlung biographischer Zeitungsausschnitte des Staatsarchivs Basel-Stadt» konnten die Biographien der Mitglieder der Zeitungsredaktion im Untersuchungszeitraum eruiert und ausgewertet werden, so beispielsweise des liberal-konservativen Basler Grossrates Nicolas C.G. Bischoff (1893–1962) oder von Dr. Wilhelm Degen (1868–1950). Auch die restlichen Mitglieder der Redaktion gehörten der Liberalen Partei an oder standen dieser nahe. Auf sie kann aber aufgrund des begrenzten Umfangs der Arbeit nicht näher eingegangen werden.

Zeitungsausschnitte des Staatsarchivs Basel-Stadt» der biographische Hintergrund der Mitglieder des Kollegiums und ihre Nähe zur Radikal-Demokratischen Partei offengelegt werden.<sup>10</sup>

Die politischen Geschehnisse und Veränderungen in Deutschland bestimmten im Untersuchungszeitraum die Berichterstattung der beiden Basler Zeitungen. So wurde fast täglich durch Leitartikel oder Kommentare über die Vorgänge im Nachbarland berichtet.<sup>11</sup> Allerdings muss an dieser Stelle darauf verwiesen werden, dass nur die von Albert Oeri stammenden Berichte und Kommentare explizit seiner Person zugeordnet werden konnten und ansonsten lediglich auf Redaktionsmitglieder der beiden Zeitungen als Autoren verwiesen werden kann. Dieser Umstand schmälert aber nicht die Aussagekraft der Berichterstattung der beiden Basler Zeitungen.

### **Von der «Machtergreifung» bis zum «Ermächtigungsgesetz» – der Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft**

Die Ernennung von Adolf Hitler zum deutschen Reichskanzler wurde von den beiden Basler Zeitungen ohne grosses Erstaunen wahrgenommen. Die *Basler Nachrichten* schrieben am 31. Januar 1933, dass die Beteiligung der NSDAP an der Regierung an und für sich nichts Sonderbares darstellen würde, da es sich bei ihr um die stärkste Fraktion im Deutschen Reichstag handle. Es wurde allerdings angemerkt, dass es sich bei Hitler um einen durchaus problematischen Regierungspartner handle, der sich für die mehrheitlich nationalkonservative Regierung um Franz von Papen als unberechenbarer Faktor erweisen könne: «Freilich: Bär bleibt Bär, auch wenn man ihm einen Ring durch die Nase zieht und ihn an der Leine führt.» Es sei daher vor allem die Aufgabe von Papens, Hitler «in Zaun zu halten», was sehr viel politisches Geschick benötige.<sup>12</sup> Somit bestand zwar ein gewisser Argwohn gegenüber der Absicht

10 Exemplarisch stehen hierfür das langjährige Mitglied der Radikal-Demokratischen Partei Richard Amstein (1880–1950), der liberal-demokratisch gesinnte Dr. Eduard Graeter (1881–1957) und der bekannte Basler Journalist und Politiker Dr. Eugen Dietschi (1896–1986). Auch die restlichen Mitglieder des Redaktionskollegiums waren der Radikal-Demokratischen Partei direkt oder indirekt verbunden. Auf sie kann aber ebenfalls nicht weiter eingegangen werden.

11 Die systematische Auswertung im Untersuchungszeitraum zeigte deutlich diese Fokussierung. So waren bei beiden Zeitungen im Schnitt an drei bis vier Tagen pro Woche die Leitartikel samt Kommentar der Redaktion den Geschehnissen in Deutschland gewidmet. Daneben gab es täglich kleinere Artikel und Berichte, die über das Nachbarland handelten, darunter auch in unregelmässigen Abständen zur Grenzregion.

12 Basler Nachrichten, 31.1.1933 (Nr. 31).

der Konservativen um von Papen, Hitler und die nationalsozialistische Bewegung durch die Beteiligung an der Regierungsgewalt zu zähmen und für die eigenen Ziele zu vereinnahmen. Doch gleichzeitig waren die *BN* der Ansicht, dass bei erfolgreichem Verlauf dieser Intention die Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung eine temporäre Erscheinung bleiben könne.

Auch die *National-Zeitung* sah in der Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung eine politisch gerechtfertigte und legitime Massnahme, die allerdings grosse Skepsis hervorrief:

«Die Furcht, daß Deutschland, trotz der parlamentarischen Etikette der neuen Regierung, nun erst recht «Abenteuern» entgegensteure, ist wahrlich gerechtfertigt. [...] Möge Deutschland das Experiment, das einmal unternommen werden mußte, gut überstehen!»<sup>13</sup>

Es war somit von Beginn an die Sorge vor etwaigen negativen Auswirkungen der neuen politischen Konstellation im Nachbarland vorhanden. Allerdings hegte die *NZ* ebenso die Hoffnung, dass sich Hitler und die Nationalsozialisten in der Regierungsverantwortung als unfähig erweisen und nach kurzer Zeit wieder von der politischen Bühne verschwinden würden.

Die von beiden Zeitungen geäußerten Sorgen und Bedenken, aber auch die vorgetragene Hoffnung auf eine nur vorübergehende Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten, lagen auf einer Linie mit der zeitgenössischen bürgerlich-liberalen Presse der Schweiz, die im Allgemeinen die politische Entwicklung in Deutschland zu Beginn des Jahres 1933 skeptisch, aber auch als völlig offen betrachtete.<sup>14</sup> Exemplarisch hierfür ist die Berichterstattung der *Neuen Zürcher Zeitung* (*NZZ*), dem wichtigsten Presseorgan im bürgerlichen Lager der deutschsprachigen Schweiz. Die *NZZ* zeigte sich gegenüber den Nationalsozialisten sehr skeptisch, vor allem wegen der nationalistischen Aggressivität und den verbalen Ausschweifungen der NSDAP. Gleichzeitig hielt man es für wahrscheinlich, dass es sich bei Hitlers Kanzlerschaft nur um ein politisches Intermezzo handeln würde.<sup>15</sup> Die Ungewissheiten über die weiteren politischen

13 *National-Zeitung*, 31.1.1933 (Nr. 52).

14 Vgl. Eric Dreifuss: *Die Schweiz und das Dritte Reich. Vier deutschschweizerische Zeitungen im Zeitalter des Faschismus 1933–1939*, Frauenfeld 1971, S. 36.

15 Vgl. Kurt Imhof: *Lernen von Aussen? Oder: die Betrachtung des Irrationalen als Voraussetzung für Vernunft. Programmatische Mutationen in der Krise der 30er Jahre*, in: Ders./Heinz Kleger/Gaetano Romano (Hgg.): *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit*, Zürich 1993, S. 289–355, hier S. 325f.

Entwicklungen in Deutschland sowie die Skepsis gegenüber der Kanzlerschaft Adolf Hitlers und der Regierungsfähigkeit der Nationalsozialisten blieben im Frühjahr 1933 der allgemeine Tenor in der Schweizer Presse. Grosse Aufmerksamkeit erregten die nach dem Reichstagsbrand erlassene «Reichstagsbrandverordnung» von Ende Februar 1933, die Neuwahl des Reichstages am 5. März 1933 sowie das sogenannte Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933.<sup>16</sup> Auch die beiden Basler Zeitungen berichteten ausführlich über diese Geschehnisse.

Die *Basler Nachrichten* äusserten frühzeitig die Vermutung, dass die sogenannte Reichstagsbrandverordnung den Nationalsozialisten dazu dienen solle, die KPD und die SPD in ihrem Wahlkampf einzuschränken oder ganz davon auszuschliessen. «In der Wirkung käme das auf die Bestellung eines der Regierung genehmen Rumpfparlaments heraus, in dem nur das katholische Zentrum eine ohnmächtige Opposition markieren könnte.»<sup>17</sup> Trotz dieser Bedenken wurde aber auch Verständnis für den Erlass gezeigt, da durch den Reichstagsbrand die öffentliche Stimmung in Deutschland sehr aufgebracht gewesen sei. Zugleich warnte die Zeitung vor zu schnellen Schuldzuweisungen gegenüber der KPD und zeigte sich skeptisch hinsichtlich der von den Nationalsozialisten propagierten Darstellung einer unmittelbar bevorstehenden bolschewistischen Revolution in Deutschland.<sup>18</sup> Dennoch zweifelte man nicht an einer zumindest partiellen Mitschuld der Kommunisten an der Ausnahmesituation im Nachbarland, da nicht abzustreiten sei, «dass sie eine revolutionäre Partei sind und die Revolution nach Kräften vorbereitet haben».<sup>19</sup> Bei dieser Einschätzung spielte sicherlich die im damaligen schweizerischen Bürgertum fest verankerte anti-bolschewistische Grundstimmung eine entscheidende Rolle. So hat auch zuletzt Jakob Tanner in seinem Werk zur Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert darauf hingewiesen, dass die Bekämpfung des Kommunismus durch die Nationalsozialisten bei der bürgerlichen Presse der Schweiz durchaus auf Verständnis stiess.<sup>20</sup>

Die *Basler Nachrichten* warnten aber andererseits nur wenige Tage nach dem Reichstagsbrand davor, die Nationalsozialisten aufgrund ihrer Bekämpfung des Bolschewismus als Verfechter des

16 Vgl. Dreifuss (wie Anm. 14), S. 40–43.

17 Basler Nachrichten, 28.2.1933 (Nr. 59).

18 Zur nationalsozialistischen Propaganda bezüglich des Reichstagsbrandes siehe Richard J. Evans: Das Dritte Reich, 3. Bde., hier Bd. I, München 2004, S. 444–449.

19 Basler Nachrichten, 1.3.1933 (Nr. 60).

20 Vgl. Jakob Tanner: Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, München 2015, S. 246.

demokratischen Systems in Deutschland zu sehen. Vielmehr hob Chefredaktor Albert Oeri in einem illustrativen Kommentar am 6. März 1933 hervor, dass Hitler und die Nationalsozialisten eine «Diktatur der genialen Persönlichkeit» anstreben würden und nicht an der Beibehaltung der parlamentarischen Demokratie interessiert seien. Über den bevorstehenden Sieg der Nationalsozialisten bei der Reichstagswahl machte sich Oeri auch keine Illusionen, hegte allerdings die Hoffnung, dass es bei einer kurzzeitigen nationalsozialistischen Regierung in Deutschland bleiben werde, da die NSDAP über kein ausgeklügeltes Programm verfüge, das sich «den großen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen der Zeit»<sup>21</sup> stellen könne. Diese Ansicht bezog sich vor allem auf die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten, welche sich bekanntlich am Leitmotiv einer wirtschaftlichen Autarkie orientierte und von den *Basler Nachrichten* als vollkommen fehlgeleitete Intention zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise bewertet wurde.<sup>22</sup>

Vom Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933 zeigten sich die *Basler Nachrichten* dann überrascht, da es den Nationalsozialisten nicht gelungen war, trotz der massiven Beeinflussung des Wahlkampfes durch die Reichstagsbrandverordnung die absolute Mehrheit zu erringen und sie auf die Deutschnationalen als Koalitionspartner angewiesen waren.<sup>23</sup> Interessanterweise schien für die Zeitung mit dem Wahlergebnis die nur wenige Tage zuvor von Albert Oeri geäußerte Warnung, dass Hitler und die Nationalsozialisten eine Diktatur anstreben würden, in den Hintergrund zu rücken. Die *BN* hegten beispielsweise die Hoffnung, dass es im Sinne einer Beruhigung und Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland zu einer Rückkehr der verfassungsmässigen Grundrechte kommen könne: «Die Gewalttätigkeiten sollten jetzt aufhören, die verfassungsmässigen Grundrechte, das Recht

21 Basler Nachrichten, 6.3.1933 (Nr. 65).

22 Es gilt hierbei zu berücksichtigen, dass die Basler Nachrichten in einer liberalistischen Wirtschaftspolitik im Sinne eines offenen Welthandels die Voraussetzung für die Überwindung der damaligen Wirtschaftskrise sahen. Zur wirtschaftspolitischen Ausrichtung des liberal-konservativen Milieus in der Zwischenkriegszeit siehe beispielhaft die Äusserungen von Albert Oeri zu Beginn der 1930er Jahre, die gleichzeitig als Leitfaden für die Basler Nachrichten angesehen werden können, in: Udo Fink: Albert Oeri als Publizist und Politiker zwischen beiden Weltkriegen. Ein Beitrag zur Schweizergeschichte der Neuesten Zeit, Zürich 1971, S. 84–94. Zur allgemeinen zeitgenössischen Diskussion in der Schweiz siehe exemplarisch Tobias Kästli: Selbstbezogenheit und Offenheit – Die Schweiz in der Welt des 20. Jahrhunderts. Zur politischen Geschichte eines neutralen Kleinstaats, Zürich 2005, S. 180–183.

23 Vgl. Basler Nachrichten, 6.3.1933 (Nr. 65).

auf freie Meinungsäußerung dem Volk wieder zurückgegeben werden.»<sup>24</sup>

An dieser Zuversicht, die in Anbetracht der zuvor geäußerten Warnung einer von den Nationalsozialisten angestrebten Diktatur doch erstaunlich erscheint, änderte auch das sogenannte Ermächtigungsgesetz vorerst kaum etwas. Von dessen Verabschiedung am 23. März 1933 zeigte man sich nicht sonderlich überrascht und kommentierte es lediglich mit der lapidaren Bemerkung, dass mit dem Gesetz «der Nationalsozialismus [...] ungehemmt an die Durchführung des versprochenen Reformwerkes herangehen» könne. Es wurde hier auch ein deutlich konzilianterer Ton gegenüber der von den Nationalsozialisten geführten Reichsregierung angeschlagen. Die Zeitung betonte, dass man die nationalsozialistisch geführte Regierung trotz der bekannten politischen Unzulänglichkeiten nicht einfach aburteilen, sondern «in ruhiger Unbefangenheit beurteilen» werde, nachdem «was diese selber sagt und selber tut».<sup>25</sup> Letztlich war dies Ausdruck der Einschätzung, dass es das Votum des deutschen Volkes zu respektieren galt und die Auseinandersetzung mit der neuen politischen Konstellation in Deutschland in einer unbefangenen sowie empirischen Art und Weise erfolgen solle.

Einen weit weniger konzilianten Ton schlug die *National-Zeitung* an. Sie sprach bereits am 2. März 1933 im Zusammenhang der Reichstagsbrandverordnung vom «Versuch einer aufstrebenden politischen Sekte, die schrankenlose Herrschaft über Leib und Seele aller Deutschen, vorerst nur dieser, zu erobern». Der sorgenvolle Blick der *National-Zeitung* auf den erstarkenden Nationalsozialismus beschränkte sich hierbei frühzeitig nicht nur auf Deutschland. Vielmehr wurde von Beginn an davor gewarnt, dass sich der Nationalsozialismus auf andere Staaten, so auch die Schweiz, ausbreiten könne. Die *NZ* betonte daher, dass es ratsam sei, sich in wirtschaftlich und politisch schwierigen Zeiten nicht von den eigenen politischen Traditionen abzuwenden, da mit «ruhiger Festigkeit, die sich durch hysterisches Geschrei, durch Stimmungsmache und Theaterregie nicht verwirren läßt, die Fackelzüge und Grenzfeuer erlöschen»<sup>26</sup> würden. Die Anspielungen auf die propagandistischen und martialischen Inszenierungen des Nationalsozialismus sind im Kommentar offensichtlich und verweisen gleichzeitig darauf, dass das NS-Regime als ernste Bedrohung für die eigene liberal-demo-

24 Ebd., 10.3.1933 (Nr. 69).

25 Ebd., 24.3.1933 (Nr. 83).

26 *National-Zeitung*, 2.3.1933 (Nr. 104).

kratische Staatsform wahrgenommen wurde. Die *National-Zeitung* fürchtete sich zudem vor einer nachhaltigen Destabilisierung Europas durch die nationalsozialistische Herrschaft in Deutschland, was auch für die Schweiz eine schwerwiegende Belastung darstellen würde, da nur «die Festigung und Sicherung des europäischen Friedens»<sup>27</sup> die Überwindung der wirtschaftlichen Krise gewährleisten könne. Somit war die Furcht vor einer Verschlechterung der ohnehin angespannten ökonomischen Lage in der Schweiz, neben der Bedrohung des eigenen politischen Systems, für die *National-Zeitung* bei der Beurteilung der politischen Situation im Nachbarland von essentieller Bedeutung.

Mit Blick auf die Reichstagswahl gab sich die *National-Zeitung*, ähnlich wie die *Basler Nachrichten*, keinen Illusionen hin und rechnete mit einem klaren Sieg der NSDAP. Die Zeitung erwartete, dass mit einem längerfristigen Abschied Deutschlands von der demokratisch-republikanischen Staatsform zu rechnen sei. In ihrem Leitartikel vom 6. März 1933 nannte die *NZ* den Wahltag dementsprechend auch «Tag der Diktatur».<sup>28</sup> Zwar wurde das Abschneiden von SPD und Zentrum vor dem Hintergrund der massiven Repressalien gegen die Opposition im Wahlkampf als respektabel gewürdigt, aber auch als im Grunde wirkungslos eingeschätzt. Die *National-Zeitung* betonte vielmehr in der Analyse der Wahl, dass es eigentlich unsinnig wäre, «die Stärke der einzelnen Parteien zu vergleichen, denn dieser Reichstag wird ja nicht regieren, er wird bloß Hitler und den Harzburgern die Vollmacht geben, ihr Drittes Reich zu gründen». Man zweifelte nicht daran, dass die Nationalsozialisten trotz der verfehlten absoluten Mehrheit der Stimmen mit Unterstützung der Deutschnationalen die Errichtung eines diktatorischen Systems anstreben würden. Die *NZ* bewertete daher den Ausgang der Reichstagswahl als ein ebenso ausserordentliches wie bedrückendes Ereignis, da «der 5. März bedeutet, dass das deutsche Volk unter den Verzicht auf Freiheit, Selbstbestimmung und Völkerverständigung das Siegel seiner Mehrheit gesetzt hat».<sup>29</sup> Aber die *National-Zeitung* merkte in diesem Zusammenhang auch an, es dürfe nicht der Fehler gemacht werden, den Nationalsozialismus mit dem deutschen Volk gleichzusetzen, da ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung grosse Vorbehalte gegen Hitler und die NSDAP hätten.<sup>30</sup>

27 Ebd., 4.3.1933 (Nr. 107).

28 Ebd., 6.3.1933 (Nr. 110).

29 Ebd.

30 Vgl. ebd., 10.3.1933 (Nr. 116).

Die Verunsicherung über den weiteren Werdegang im Nachbarland blieb indes sehr gross. Noch kurz vor der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes schrieb die *National-Zeitung*, dass von diesem «neuen Staat niemand weiß, und wissen kann, was er bringen und wie weit er noch führen wird». <sup>31</sup> Der Kommentar vom 23. März 1933 offenbart, dass die politischen Veränderungen in Deutschland als etwas völlig Neues wahrgenommen wurden, was grosse Verunsicherung hervorrief, da speziell der Nationalsozialismus in seiner Bedeutung als politische Bewegung nur schwer eingeordnet werden konnte. <sup>32</sup> Zugleich betonte die Zeitung, es liege aufgrund der «besonderen Stellung Deutschlands in Europa» <sup>33</sup> im Interesse aller europäischen Staaten, wenn sich die dortigen Verhältnisse in absehbarer Zeit stabilisierten. Somit war die Berichterstattung der *National-Zeitung* – wie auch bei den *Basler Nachrichten* – von der Hoffnung auf eine Rückkehr Deutschlands zu Ordnung und Stabilität geprägt. Die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes eröffnete für die *National-Zeitung* schliesslich die Perspektive, dass Hitler und die Nationalsozialisten längerfristig an der Macht bleiben würden, da durch das Gesetz «die gegenwärtige Staatsmacht [...] die erdrückend überlegene Brachialgewalt» habe, jegliche Opposition auszuschalten und damit «der deutsche Parlamentarismus vernichtet» sei. <sup>34</sup>

Insgesamt ähnelten sich *National-Zeitung* und *Basler Nachrichten* in den Wochen zwischen der Reichstagsbrandverordnung und dem Ermächtigungsgesetz in ihrer Berichterstattung, wenn auch die *NZ* zu kritischeren Worten fand als die *BN*. Beide Zeitungen zeichneten ein Bild von Deutschland, das von der Unsicherheit über die künftigen Entwicklungen, aber auch von der Hoffnung auf eine Stabilisierung der Verhältnisse geprägt war, wobei die Furcht vor etwaigen negativen Auswirkungen auf die Schweiz frühzeitig eine wichtige Rolle spielte. Allerdings sah die *National-Zeitung* die Etablierung einer längerfristigen nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland rasch als sehr wahrscheinlich an, während die *Basler*

31 Ebd., 23.3.1933 (Nr. 137).

32 Die *National-Zeitung* bemühte zwar mehrfach Vergleiche mit der Machtübernahme der Faschisten in Italien, wies aber darauf hin, dass es sich in Deutschland, trotz gewisser Ähnlichkeiten, um eine andere, individuellere politische Bewegung handle, die beträchtliche Unterschiede zum italienischen Faschismus aufweise und daher nur schwer einzuschätzen sei. Vgl. hierzu *National-Zeitung*, 2.3.1933 (Nr. 104), 10.3.1933 (Nr. 116) sowie 23.3.1933 (Nr. 137).

33 Ebd., 23.3.1933 (Nr. 137).

34 Ebd., 24.3.1933 (Nr. 140).

*Nachrichten* anfänglich nicht unerhebliche Zweifel an der Durchsetzungsfähigkeit der Nationalsozialisten äusserten. Damit unterschied sich die *NZ* von den meisten anderen bürgerlichen Zeitungen der Schweiz, die im Frühjahr 1933 eher die Einschätzung der *BN* teilten. An dieser Stelle kann wiederum die *Neue Zürcher Zeitung* als beispielhaft gelten, die bis in den Frühsommer hinein den Nationalsozialismus eher als eine temporäre Erscheinung ansah und trotz der deutlichen Ablehnung einen zurückhaltenden Ton gegenüber der von Hitler geführten Regierung anschlug.<sup>35</sup>

### **Die Auswirkungen der nationalsozialistischen Machtübernahme für Basel – die Bedeutung der lokalen Perspektive**

Bei der Berichterstattung von *Basler Nachrichten* und *National-Zeitung* über die «Machtergreifung» im Frühjahr 1933 ist immer auch die Perspektive der Grenzstadt zu beachten. Die mehrfach zum Ausdruck gebrachte Verunsicherung über die Geschehnisse im Nachbarland ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass Basel schon frühzeitig nach der nationalsozialistischen «Machtergreifung» mit problematischen Situationen konfrontiert wurde. So berichteten beispielsweise beide Zeitungen Anfang März 1933 ausführlich über verschärfte Grenzkontrollen und Schikanen an den Grenzübergängen nach Lörrach und Weil am Rhein, an denen auch SA-Leute beteiligt waren. Beide Zeitungen beanstandeten, es sei durch die rigiden Kontrollen zu erheblichen Beeinträchtigungen im Grenzverkehr gekommen, welche die Stadtbewohner beim Besuch des Nachbarlandes verunsichert hätten.<sup>36</sup> Daneben wurde auch über die Durchsetzung des NS-Regimes im südbadischen Grenzgebiet berichtet, beispielsweise über eine geplante «Säuberungsaktion» der Nationalsozialisten in den öffentlichen Verwaltungen in ganz Baden. «Es sei damit zu rechnen, dass zahlreiche Bürgermeister abgesetzt werden»,<sup>37</sup> so die *Basler Nachrichten* in einem Artikel vom 20. März 1933. Und die *National-Zeitung* berichtete Anfang April 1933 von einer deutlich gestiegenen Präsenz von SA-Leuten im Stadtbild von Lörrach, die sich speziell während des vom NS-Regime am 1. April in ganz Deutschland durchgeführten Boykotts jüdischer Geschäfte gezeigt habe.<sup>38</sup>

35 Vgl. Dreifuss (wie Anm. 14), S. 48f. und Imhof (wie Anm. 15), S. 325f.

36 Vgl. *Basler Nachrichten*, 2.3.1933 (Nr. 61) und *National-Zeitung*, 2.3.1933 (Nr. 104).

37 *Basler Nachrichten*, 20.3.1933 (Nr. 79).

38 Vgl. *National-Zeitung*, 3.4.1933 (Nr. 155).

Aber diese Ereignisse wurden weit weniger intensiv behandelt als Vorfälle, bei denen Basel direkt von den Auswirkungen der «Macht-ergreifung» betroffen war und die bei der Bevölkerung negative Emotionen weckten, besonders bei der mehrheitlich sozialdemokratisch und kommunistisch eingestellten Arbeiterschaft. Exemplarisch stehen hierfür die bekannten Proteste gegen die Beflaggung des Badischen Bahnhofs und des Riehener Bahnhofs mit der Hakenkreuzfahne Mitte März 1933. In Basel kam es vor dem Badischen Bahnhof sogar mehrfach zu blutigen Zusammenstößen zwischen linksgerichteten Demonstranten und der Polizei. Der Vorfall beschäftigte die Basler Politik, aber auch den Schweizer Bundesrat, und endete Ende März 1933 damit, dass die Regierung die Hakenkreuzfahne als ausländisches Hoheitszeichen anerkannte und damit vorerst nicht verbot.<sup>39</sup>

Die *Basler Nachrichten* und die *National-Zeitung* berichteten ausführlich über die Ereignisse. Die *BN* kritisierten die kommunistischen und sozialdemokratischen Demonstranten vehement und zeigten keinerlei Verständnis für deren Protest. Die Vorkommnisse wurden vielmehr als ein ärgerliches Ereignis bewertet, welches das Ansehen der Schweiz in Deutschland beschädigen und die nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Basel und der südbadischen Grenzregion unnötig strapazieren würde.<sup>40</sup> Die *NZ* kritisierte zwar ebenfalls die gewalttätigen Auseinandersetzungen, zeigte aber auch Verständnis für die Proteste, da das Hakenkreuz «das Kampfabzeichen gegen jede sozialistische Partei»<sup>41</sup> sei. Die Zeitung plädierte auch dafür, die Hakenkreuzfahne nicht als neues nationales Hoheitszeichen Deutschlands in der Schweiz anzuerkennen.

Unter dem Eindruck dieser Vorkommnisse beschäftigten sich beide Blätter Ende März 1933 noch eingehender mit den deutschschweizerischen Beziehungen. Die *Basler Nachrichten* wiesen in einem ausführlichen Kommentar vom 21. März 1933 auf die engen Verbindungen zum Nachbarland hin, in dem sie festhielten: «Wir stehen mit keinem anderen Land in einem gleich intensiven geistigen und wirtschaftlichen Kontakt wie mit Deutschland.» Aber die Zeitung machte ebenso deutlich, dass die politischen Veränderungen jenseits der Grenze dieses Verhältnis vor beträchtliche Schwie-

39 Siehe hierzu die überblickshafte Darstellung von Martin Stingl: Das Hakenkreuz über Basel – Eine Episode und ihre Wirkungen, in: Archivnachrichten (Landesarchiv Baden-Württemberg), Sondernummer Sept. 2005, S. 20–22.

40 Vgl. *Basler Nachrichten*, 18./19.3.1933 (Nr. 77).

41 *National-Zeitung*, 18.3.1933 (Nr. 129).

rigkeiten stellen würden. Die *BN* warnten daher davor, die Auswirkungen der nationalsozialistischen Machtübernahme für die Schweiz, speziell für den deutschsprachigen Teil des Landes, zu unterschätzen. Dabei befürchtete man nicht einen unmittelbar drohenden politischen Umschwung, sondern eher eine «langsame Infiltration der neuen Ideen durch das Mittel der Presse, der Literatur, der Wissenschaft, des Besuches deutscher Hochschulen, des so regen geistigen Austausches». Gegen solch eine schleichende ideologische Unterwanderung forderten die *BN* eine klare Abgrenzung vom NS-Gedankengut bei gleichzeitiger Betonung der politischen und geistigen Werte der Schweiz, «um die Existenz des eigenen liberal-demokratischen Staates zu sichern». <sup>42</sup> Der Kommentar der *Basler Nachrichten* führt diesen Appell unter dem Schlagwort der «Geistigen Landesverteidigung» zusammen und spricht damit jenes vielschichtige politisch-kulturelle Konstrukt an, das im Laufe der 1930er Jahre eine zentrale Bedeutung für die Schweiz erlangen sollte. <sup>43</sup>

Auch die *National-Zeitung* beleuchtete die Konsequenzen der nationalsozialistischen Herrschaft für die Schweiz, insbesondere für die deutschsprachigen Gebiete und die Grenzregion. Dabei wird speziell auf die kulturelle Nähe zwischen den beiden Ländern hingewiesen, die durch den erstarkenden Nationalsozialismus eine nachhaltige Veränderung erfahren habe: «Weiß Gott, wir fühlen eigentlich erst jetzt, wie nahe Deutschland uns gestanden. Ist es uns nicht, wir hätten ein Stück Vaterland, geistiges Vaterland an eine fremde, uns geistig fremde Macht verloren?» Zugleich unterstrich die *National-Zeitung*, dass die Entfremdung zwischen beiden Ländern aus Schweizer Sicht zu zweierlei Konsequenzen führen müsse. Zum einen wurde eine klare kulturelle und ideologische Abgrenzung vom deutschen Nachbarn gefordert, ohne jedoch schon von einer «Geistigen Landesverteidigung» zu sprechen wie die *Basler*

42 *Basler Nachrichten*, 21.3.1933 (Nr. 80).

43 Der Begriff der «Geistigen Landesverteidigung» war bereits vor 1933 in der Schweiz bekannt, seine Konjunktur setzte aber erst mit Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland ein und entwickelte in der Folge eine Vielschichtigkeit, die sich in unterschiedlichen Strömungen der Bewegung zeigte, die konservative, liberale und linke Bezüge aufwies. Besonders in Abgrenzung zum nationalsozialistischen Deutschland, aber auch zur faschistischen und kommunistischen Ideologie, erhielt die «Geistige Landesverteidigung» im Verlauf der 1930er Jahre ihre Prägung. Für einen fundierten Einblick siehe Josef Mooser: Die «Geistige Landesverteidigung» in den 1930er Jahren. Profile und Kontexte eines vielschichtigen Phänomens der schweizerischen politischen Kultur in der Zwischenkriegszeit, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 47 (1997), S.685–708, vor allem S. 686–697.

*Nachrichten*. Zum anderen sollte zur Sicherung der eigenen Existenz ein «Modus vivendi mit dem großen Nachbarn»<sup>44</sup> gefunden werden. Es wird hier ein Punkt angesprochen, der die Schweiz ab 1933 vor ein nicht unerhebliches Dilemma stellte und speziell für die Grenzgebiete von eminenter Bedeutung war: Der alltägliche Umgang mit dem nationalsozialistischen Deutschland, vor allem im Hinblick auf die engen kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen, bei gleichzeitiger ideologischer Abgrenzung.<sup>45</sup> Damit hatten sowohl *National-Zeitung* als auch *Basler Nachrichten* bereits Ende März 1933 die nationalsozialistische Machtübernahme als eine beträchtliche Herausforderung, wenn nicht gar als Bedrohung für das liberal-demokratische System der Schweiz wahrgenommen und dementsprechend Konsequenzen für den Umgang mit Deutschland gefordert. Berichterstattung und Kommentar erfolgten aus der Perspektive der Grenzstadt Basel, wobei die direkten Erfahrungen mit der neuen nationalsozialistischen Herrschaft und den sich daraus ergebenden Begebenheiten eine wesentliche Rolle spielten.

Dabei fällt auf, dass der hohe deutsche Bevölkerungsanteil in Basel zu diesem frühen Zeitpunkt in den Berichten der beiden Zeitungen noch keine erkennbare Rolle spielte. Dies dürfte ein weiteres Indiz dafür sein, dass es – wie bereits angedeutet – zwischen der schweizerischen und der deutschen Bevölkerung in der Stadt vor 1933 kaum Probleme gegeben hat. Es könnte aber auch der Tatsache geschuldet sein, dass es unter den Deutschen in Basel zur Zeit der nationalsozialistischen Machtübernahme nur wenige aktive Sympathisanten geschweige denn Mitglieder der NSDAP gab.<sup>46</sup> In der Folge wurde auf lokaler Ebene in erster Linie von Vorfällen berichtet, welche die deutsch-schweizerischen Beziehungen direkt

44 *National-Zeitung*, 25.3.1933 (Nr. 141).

45 Vgl. Sacha Zala: *Krisen, Konfrontation, Konsens (1914–1949)*, in: Silvia Arlettaz/Georg Kreis (Hgg.): *Die Geschichte der Schweiz*, Basel 2014, S. 490–539, hier S. 514f. Zu der Problematik der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland im Zeitraum von 1933 bis 1945 siehe: UEK Schlussbericht: *Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg*. Schlussbericht der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, Zürich 2002, S. 181–406.

46 Im Frühjahr 1933 war zwar in Basel eine Ortsgruppe der NSDAP-Auslandsorganisation gegründet worden, doch diese trat aufgrund der geringen Mitgliederzahl zunächst kaum in Erscheinung. Vgl. hierzu Martin Meier: *Die NS-Organisationen in Basel*, in: Nadia Guth/Bettina Hunger (Hgg.): *Réduit Basel*. Katalog zur Ausstellung des Historischen Museums Basel in der Stückfärberei Kleinhüningen, Basel 1989, S. 65–74, hier S. 66f. Einschränkend muss hier aber erwähnt werden, dass die Geschichte der NS-Organisationen in Basel insgesamt nur wenig aufgearbeitet ist und hier noch Nachholbedarf besteht.

betrafen und das Klima in der Grenzregion negativ beeinflussten. So beispielsweise über Grenzzwischenfälle, bei denen deutsche Grenzbeamte und SA-Leute bei der Ausübung ihrer Tätigkeit illegal Schweizer Hoheitsgebiet betraten, oder auch von Verschärfungen im Grenzverkehr, welche die Ein- und Ausfuhrbestimmungen von Waren betrafen.<sup>47</sup> Demgegenüber traten die Berichte über die Durchsetzung des NS-Regimes im südbadischen Grenzgebiet deutlich in den Hintergrund.<sup>48</sup> Die Berichterstattung der beiden Zeitungen konzentrierte sich ab dem Frühjahr/Sommer 1933 auf die gesamtdeutschen Entwicklungen.

### **Die Etablierung der NS-Herrschaft – der Prozess der «Gleichschaltung» im Frühjahr und Sommer 1933**

In den Monaten nach der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes wurde die fortschreitende Etablierung der nationalsozialistischen Herrschaft, welche unter dem genuin nationalsozialistischen Schlagwort der «Gleichschaltung» bekannt ist, von der Schweizer Öffentlichkeit genauestens beobachtet. Die bürgerlich-liberale Presse der Schweiz berichtete über den weitestgehend problemlosen Ausbau der nationalsozialistischen Herrschaft im Frühjahr und Sommer 1933 in einer Mischung aus Erschrecken und Erstaunen. Exemplarisch für diese Berichterstattung steht einmal mehr die *Neue Zürcher Zeitung*.<sup>49</sup> Auch die beiden Basler Zeitungen beobachteten diese Entwicklung sehr genau, setzten aber verschiedene Schwerpunkte in der Berichterstattung.

So äusserten sich die *Basler Nachrichten* beispielsweise sehr kritisch über das am 7. April 1933 verkündete «Zweite Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich», welches die föderale

47 Vgl. exemplarisch *Basler Nachrichten*, 11./12.3.1933 (Nr. 70), 24.4.1933 (Nr. 111), sowie *National-Zeitung*, 8.3.1933 (Nr. 113), 24.4.1933 (Nr. 186). Zu dieser Thematik aus der Perspektive des deutschen Grenzgebiets siehe Neisen (wie Anm. 3), S. 86–88. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass es innerhalb des Untersuchungszeitraumes kaum Berichte über das Thema «politische Flüchtlinge» gab, obwohl es schon kurz nach der «Machtergreifung» für die Grenzregion Basel relevant wurde. Siehe hierzu Lukrezia Seiler/Jean-Claude Wacker: «Fast täglich kamen Flüchtlinge». Riehen und Bettingen – zwei Grenzdörfer 1933–1948, 4. Aufl., Basel 2013, hier vor allem S. 18–35.

48 Die Berichterstattung zur Grenzregion Lörrach reduzierte sich grösstenteils auf kurze Meldungen über NS-Veranstaltungen in Lörrach und Umgebung sowie auf die Schmuggleraktivitäten entlang der Grenze.

49 Vgl. Imhof (wie Anm. 15), S. 298f. sowie 325–327; zudem Dreifuss (wie Anm. 14), S. 76 und S. 81f.

Struktur Deutschlands beendete.<sup>50</sup> Die Auflösung des deutschen Föderalismus zugunsten eines zentralistischen Systems wurde von den *BN* mit grossem Bedauern aufgenommen und als Schlag gegen die politische und kulturelle Vielfalt des Nachbarlandes bewertet.<sup>51</sup> Als Grund benannte die Zeitung den totalen Machtanspruch des nationalsozialistisch geführten Regimes. In dem sehr treffenden und weitblickenden Kommentar vom 8./9. April 1933 ist zu lesen:

«Wie es leichter ist, ohne Parlament, ohne unabhängige Oppositionsparteien, ohne freie Presse zu regieren, so ist es auch leichter, den diktatorischen Zentralwillen durchzusetzen, wenn keine Länderregierungen mehr vorhanden sind.»<sup>52</sup>

Damit wurde in sehr prägnanter Weise ein Teil der Umsetzung der nationalsozialistischen «Gleichschaltungspolitik» beschrieben.

Die *National-Zeitung* berichtete hingegen nur am Rande über die «Gleichschaltung» der deutschen Länder, kritisiert dafür aber umso schärfer die Pressezensur im Deutschen Reich. Die *NZ* betonte hierbei explizit, die Pressezensur sei ein Teil des umfassenden Gleichschaltungsprozesses, welcher der «Sicherung der Macht des nationalsozialistisch geführten Regimes»<sup>53</sup> diene. Ebenso wurde hervorgehoben, dass durch die Kontrolle der Presse dem nationalsozialistischen Regime die Möglichkeit gegeben werde, eine kritische und differenzierende Berichterstattung in Deutschland weitestgehend zu unterbinden und somit auch von eigenen politischen Unzulänglichkeiten abzulenken.<sup>54</sup> So hatte die *NZ* bereits Anfang April 1933 auf «innenpolitische Probleme [...] hinter den Kulissen»<sup>55</sup> hingewiesen, die sich an den Streitigkeiten und Zerwürfnissen zwischen den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten festmachen liessen, aber aufgrund der «gleichgeschalteten» Presse in Deutschland kaum an die Öffentlichkeit gelangen würden. Die Zeitung machte mit dieser Einschätzung darauf aufmerksam, dass es innerhalb des nationalsozialistisch geführten Regimes durchaus Divergenzen gab, diese aber durch propagandistische Ablenkungsmanöver und die

50 Zum Gesetz siehe überblickshaft Wolfgang Benz: *Geschichte des Dritten Reiches*, München 2000, S. 28.

51 Vgl. *Basler Nachrichten*, 8./9.4.1933 (Nr. 98). Bei der Bewertung der *BN* gilt es natürlich zu beachten, dass die Schweiz eine föderalistische Tradition pflegte, die gerade im liberalen Bürgertum eine grosse Anhängerschaft hatte.

52 Ebd., 8./9.4.1933 (Nr. 98).

53 *National-Zeitung*, 7.4.1933 (Nr. 164).

54 Vgl. ebd., 21.4.1933 (Nr. 183).

55 Ebd., 4.4.1933 (Nr. 158).

Kontrolle der Presse verschleiert würden. Ähnliche Einschätzungen finden sich auch in den *Basler Nachrichten*, die auf Widersprüchlichkeiten innerhalb des Regimes hinwiesen, insbesondere mit Blick auf die wirtschaftspolitischen Konzepte und Ziele.<sup>56</sup> Die Berichterstattung der beiden Zeitungen offenbart, dass das nationalsozialistisch geführte Regime noch keineswegs als ein in sich kohärentes System aufgefasst und die deutschnationale Beteiligung an der Regierung nicht als völlig bedeutungslos angesehen wurde.

Die fortschreitende «Gleichschaltung» zeigte beiden Zeitungen in der Folge aber immer anschaulicher, dass die Nationalsozialisten nicht nur die absolute Absicherung ihrer Macht anstrebten, sondern einen umfassenden und alle Lebensbereiche tangierenden Staatsumbau im Sinne der nationalsozialistischen Programmatik vorantrieben. Die *National-Zeitung* beschrieb das Ziel der nationalsozialistischen «Gleichschaltung» Ende April 1933 sehr eindrücklich und in treffender Weise mit den Worten: «Der Nationalsozialismus wird Staat, der Nationalsozialismus wird Deutschland.»<sup>57</sup> Das Interesse der Zeitung konzentrierte sich dabei vor allem auf die nationalsozialistischen Eingriffe in die deutsche Wirtschaft. Die Auflösung der Gewerkschaften und die Gründung der «Deutschen Arbeitsfront» sowie die Erkenntnis, dass die Nationalsozialisten im Rahmen der Ankurbelung der deutschen Wirtschaft eine umfangreiche militärische Aufrüstung anstrebten, nahm die *NZ* in einer Mischung aus Erstaunen und Besorgnis zur Kenntnis.<sup>58</sup> Besonders das von den Nationalsozialisten angestrebte Aufrüstungsprogramm beunruhigte die *National-Zeitung* sehr, da es in Konfrontation zu den Bestimmungen des Versailler Vertrages stand und damit ein erhebliches Konfliktpotential enthielt.<sup>59</sup> In diesem Zusammenhang betonte die Zeitung in einem Kommentar vom 2. Juni 1933, dass durch die Entwicklungen der vorangegangenen Monate das Misstrauen gegenüber dem nationalsozialistisch geführten Deutschland ohnehin grösser geworden sei «als gegenüber früheren deutschen Regierungen» und sich dieser Vertrauensverlust «in seiner Wirkung umso weniger durch einige Friedensreden Hitlers und Görings aus der Welt schaffen»<sup>60</sup> lasse. Unverkennbar hatten die ersten Monate der nationalsozialistischen Herrschaft bereits zu einem erheblichen Ver-

56 Vgl. *Basler Nachrichten*, 2.5.1933 (Nr. 119).

57 *National-Zeitung*, 28.4.1933 (Nr. 195).

58 Vgl. ebd., 11.5.1933 (Nr. 215) und 14.5.1933 (Nr. 219).

59 Vgl. ebd., 14.5.1933 (Nr. 219).

60 Ebd., 2.6.1933 (Nr. 251).

trauensverlust gegenüber Deutschland geführt, der durch das geplante Aufrüstungsprogramm noch gesteigert worden war und auch mittels der öffentlich vorgetragenen Friedensbekundungen der NS-Führung nicht gemindert werden konnte.

Die *Basler Nachrichten* zeigten sich ebenfalls beunruhigt über die von den Nationalsozialisten geplante militärische Aufrüstung. Ähnlich wie in der *National-Zeitung* wurde betont, dass die politischen Aktivitäten der Nationalsozialisten in den vorangegangenen Monaten dazu geführt hätten, dass bereits «ein großes Vertrauensproblem gegenüber Deutschland vorherrsche»,<sup>61</sup> welches die diplomatischen Beziehungen mit der von Hitler geführten deutschen Regierung erheblich belasten würden. Die *BN* waren daher Mitte Mai 1933 auch sehr unsicher, wie sich der Umgang mit Deutschland künftig gestalten werde, sollte es tatsächlich zu der angestrebten Aufrüstung kommen.<sup>62</sup> Man spürt wiederum deutlich die Verunsicherung gegenüber dem deutschen Nachbarn, welche auch durch die sich immer weiter ausdehnende NS-Politik nicht geschmälert wurde.

Zentral war hierbei die Ausschaltung aller übrigen Parteien. Sie wurde von der *National-Zeitung* als eine weitere Intensivierung der «Gleichschaltung» gewertet, welche vollends die absolute Machtstellung der Nationalsozialisten absichern sollte. Dabei wurden besonders die Dynamik und die Intensität hervorgehoben, mit welcher die Ausschaltung des politischen Gegners vonstattenging.<sup>63</sup> Besondere Aufmerksamkeit erregte hierbei die Auflösung der Deutschnationalen Volkspartei und der Austritt ihres Wirtschaftsministers Alfred Hugenberg aus Hitlers Kabinett, womit das «nationalsozialistische Regime endgültig freie Bahn» habe, wie die *NZ* in einem Kommentar vom 30. Juni 1933 festhielt. Dies unterstreicht erneut, dass man Hugenberg und die Deutschnationalen bis zu diesem Zeitpunkt zumindest noch zum Teil als ein politisches Korrektiv in der Reichsregierung wahrgenommen hatte. Dementsprechend betonte das Blatt, mit dem Rücktritt Hugenbergs sei nun der letzte Vertreter «der alten privatkapitalistischen Wirtschaft und [...], der letzte große Politiker des Bürgertums»<sup>64</sup> aus der nationalsozialistisch geführten Regierung verschwunden. Für die Zeitung war die Demission Hugenbergs somit gleichbedeutend mit der endgültigen Durchsetzung einer nationalsozialistisch orientierten Poli-

61 Basler Nachrichten, 18.5.1933 (Nr. 135).

62 Vgl. ebd.

63 Vgl. National-Zeitung, 27.6.1933 (Nr. 291).

64 Ebd., 30.6.1933 (Nr. 297).

tik in Deutschland. Dies bezog sich vor allem auf die Wirtschaftspolitik, wo die *National-Zeitung* weitere Eingriffe des NS-Regimes erwartete.<sup>65</sup>

Vor dem Hintergrund der als sozialistisch gedeuteten NS-Wirtschaftspolitik war das Ausscheiden von Hugenberg aus Hitlers Kabinett und die Ausschaltung der Deutschnationalen für die *Basler Nachrichten* hingegen nicht sonderlich überraschend. Noch kurz zuvor hatte Albert Oeri in einem Kommentar geschrieben, dass aufgrund der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik nicht mit einem Verbleib Hugenbergs und der DNVP in Hitlers Kabinett gerechnet werden könne, da «innerhalb des Nationalsozialismus [...] eine starke Tendenz bestehe, mit dem Sozialismus Ernst zu machen».<sup>66</sup> Nur wenige Tage darauf konkretisierte er diese Einschätzung, als er zum Rücktritt Hugenbergs schrieb: «Hugenberg war eben ein Bürgerlicher, Hitler ein Sozialist.»<sup>67</sup> Die Aussage verdeutlicht allerdings auch, dass Hugenberg von der Redaktion der *Basler Nachrichten* bis zu diesem Zeitpunkt immer noch als bürgerlicher Widerpart innerhalb der von Hitler geführten Regierung angesehen wurde, obwohl seine Einflusslosigkeit eigentlich offensichtlich war.

Für die *Basler Nachrichten* war in der Folge nicht mehr die Frage entscheidend, ob die Nationalsozialisten eine völlige Alleinherrschaft in Deutschland anstrebten, sondern nur noch, wie lange dieser Prozess andauern würde. Mit der Auflösung des Zentrums als der letzten noch neben der NSDAP bestehenden Partei sahen die *BN* die politische Macht Adolf Hitlers und der Nationalsozialisten als konsolidiert an. Die zurückliegenden Monate seit der Verkündung des Ermächtigungsgesetzes hätten dazu geführt, dass «keine politische Opposition, weder eine offene noch eine geheime, mehr in der Lage» sei, den «Siegesszug des Nationalsozialismus zu durchkreuzen».<sup>68</sup> Die *Basler Nachrichten* erwarteten nun, dass Hitler darangehen werde, neben der «Gleichschaltung» des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland auch eine innerparteiliche Diszipli-

65 Vgl. ebd., 7.7.1933 (Nr. 309).

66 *Basler Nachrichten*, 24./25.6.1933 (Nr. 170).

67 Ebd., 28.6.1933 (Nr. 174). Mit der Ansicht, dass die Nationalsozialisten eine sozialistische Wirtschaftspolitik betrieben, samt einer Entmachtung der bürgerlich-industriellen Eliten, zu denen auch Hugenberg gehörte, vertraten die *Basler Nachrichten* zu diesem Zeitpunkt eine Einschätzung der wirtschaftlichen Situation im NS-Staat, wie sie auch lange in der bürgerlich-liberalen Geschichtsschreibung vorherrschte und nur zögernd entkräftet wurde. Siehe hierzu Ian Kershaw: *Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick*, 4. Aufl., Hamburg 2009, S. 86f.

68 *Basler Nachrichten*, 12.7.1933 (Nr. 188).

nierung vorzunehmen, um für Ruhe und Stabilität in Deutschland zu sorgen.<sup>69</sup>

Insgesamt hatten *Basler Nachrichten* und *National-Zeitung* den Prozess der «Gleichschaltung» im Frühjahr und Sommer 1933 sehr minutiös beobachtet. Beide Zeitungen zeichneten ein Bild Deutschlands, welches von der fortschreitenden Konsolidierung der nationalsozialistischen Herrschaft geprägt war und sich vorrangig auf innenpolitische Entwicklungen konzentrierte. Dies sollte sich im Herbst 1933 ändern, als das Deutsche Reich am 14. Oktober aus der Genfer Abrüstungskonferenz und am 19. Oktober aus dem Völkerbund austrat. Die Aussenpolitik des Deutschen Reiches hatte sich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten zunächst kaum geändert, erfuhr nun aber mit den Austritten eine erste nachdrückliche Neupositionierung, deren wesentlicher Motor die geplante militärische Aufrüstung war.<sup>70</sup> In der Schweiz wurde der Austritt Deutschlands genau verfolgt, hatte sich das Land doch in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg eindringlich für eine Aufnahme Deutschlands in den neugegründeten Völkerbund ausgesprochen.<sup>71</sup>

### **Die nationalsozialistische Aussenpolitik als Unsicherheitsfaktor – der Austritt aus dem Völkerbund und der Genfer Abrüstungskonferenz**

Die *National-Zeitung* bewertete den Austritt als einen sehr bedauerlichen Schritt, der eine zusätzliche Belastung des ohnehin angespannten politischen Klimas in Europa darstellen würde. Die Zeitung schrieb den Austritt allerdings nicht alleine der nationalsozialistischen Politik zu, sondern verwies auch auf die Stimmung in der deutschen Bevölkerung, wo der Schritt auf sehr grosse Zustimmung stosse, da «der Name Genf in Deutschland seit 1919 gleichbedeutend mit deutschfeindlicher Täuschung und Intrige»<sup>72</sup> sei. Damit wurde darauf angespielt, dass viele Deutsche den Völkerbund und die Genfer Abrüstungskonferenz mit dem als nationale

69 Vgl. ebd., 12.7.1933 (Nr. 188).

70 Siehe hierzu überblickshaft Evans (wie Anm. 18), S. 748–750.

71 Für die Schweiz waren der Völkerbund und die Abrüstungskonferenz aus sicherheitspolitischer Perspektive ohne eine deutsche Beteiligung von deutlich geringerer Bedeutung. Zudem war die eigene Mitgliedschaft im Völkerbund aufgrund der Neutralitätspolitik innenpolitisch nicht unumstritten. Siehe hierzu Zala (wie Anm. 45), S. 509. Zur Position der Schweiz zum Völkerbund siehe auch Kästli (wie Anm. 22), S. 111–125 und S. 134–140.

72 *National-Zeitung*, 17.10.1933 (Nr. 482).

Schmach empfundenen Versailler Vertrag verbinden würden und daher auch kein Interesse an der Partizipation in den beiden Gremien hätten.

Für die *National-Zeitung* war in der Folge vor allem von Interesse, wie auf das deutsche Vorgehen zu reagieren sei und welche etwaigen Konsequenzen drohen könnten. In einem Kommentar wies man darauf hin, dass auch in der Schweiz die Zustimmung zur Mitgliedschaft im Völkerbund merklich abgenommen habe. Allerdings wurde eindringlich davor gewarnt, über einen eigenen Austritt nachzudenken, nicht zuletzt aus Sorge, es könne im Ausland der Eindruck entstehen, dass die Schweiz unter dem Einfluss des nationalsozialistisch geführten Deutschlands stehe und infolgedessen «das Vertrauen in unsere Neutralität vollkommen dahin»<sup>73</sup> sei. Gegenüber der Entwicklung im Nachbarland herrschte eine grosse Verunsicherung, welche die *NZ* auch unmissverständlich zum Ausdruck brachte: «Das jähe Ereignis hat das Gefühl der absoluten Unsicherheit darüber, was aus Deutschland überhaupt noch werden soll, verstärkt.»<sup>74</sup> In Anbetracht der hohen Zustimmung der deutschen Bevölkerung zum aussenpolitischen Vorgehen der nationalsozialistischen Regierung, die in einer Volksabstimmung zum Ausdruck kam,<sup>75</sup> befürchtete die *NZ*, dass Hitler und die Nationalsozialisten zukünftig aussenpolitisch sehr selbstbewusst auftreten könnten.

Man hegte den Verdacht, es könne sich bei den Austritten um den Auftakt einer aussenpolitischen Initiative handeln, die das Ziel einer möglichst weitgehenden Revision des Versailler Vertrages verfolge. Die *NZ* war sich dabei sicher, dass etwaige revisionistische Bestrebungen früher oder später einen Punkt erreichen würden, an dem eine militärische Konfrontation zwischen Deutschland, Frankreich und Grossbritannien unausweichlich wäre. Diese Aussagen von Mitte November 1933 verdeutlichen, dass die *National-Zeitung* in dem aussenpolitischen Vorgehen des NS-Regimes eine reelle Gefährdung des Friedens in Europa erblickte. Man plädierte daher dafür, dass sich die Staaten des Völkerbundes in geschlossener Front

73 Ebd., 21.10.1933 (Nr. 489).

74 Ebd., 25.10.1933 (Nr. 495).

75 Die Volksabstimmung über die beiden Austritte fand am 12. November 1933 parallel zur propagandistisch inszenierten Reichstagswahl statt und brachte eine Zustimmung von über 90 Prozent. Auch wenn die Volksabstimmung sowie die Reichstagswahl durch die nationalsozialistische Propaganda bestimmt waren, so ist man sich in der NS-Forschung darüber einig, dass selbst bei völlig freien und unabhängigen Wahlen die Mehrheit der Deutschen den Austritten zugestimmt hätte. Siehe hierzu Evans (wie Anm. 18), hier Bd. II, S. 122.

gegen etwaige deutsche Aggressionen stellen sollten. Ebenso wurde aber auch betont, dass die vorhandenen diplomatischen Beziehungen zur deutschen Führung unbedingt aufrechterhalten werden müssten, da eine dauerhafte Friedenssicherung nur durch die Kooperation mit der deutschen Seite erreicht werden könne.<sup>76</sup>

Auch die *Basler Nachrichten* vertraten die Ansicht, dass sich die Staaten des Völkerbundes gegenüber möglichen deutschen Aggressionen geschlossen zeigen sollten, ohne jedoch die bestehenden Verbindungen zur deutschen Regierung abreißen zu lassen. Die Befürchtung, der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz führe zu einer veritablen Gefährdung des Friedens, brachte Albert Oeri auch in einem Kommentar vom 16. Oktober 1933 eindrücklich zum Ausdruck: «Das Reich kreist sich dadurch aus und läuft Gefahr, eingekreist zu werden. Was das bedeutet, könnte es aus der Vorgeschichte des Weltkrieges wissen.»<sup>77</sup> Die Furcht vor den denkbaren negativen Auswirkungen des Austritts gründete somit in erheblichem Masse auf den Erfahrungen von vor 1914, die nun mit den zeitgenössisch aktuellen politischen Begebenheiten in Verbindung gesetzt wurden. In einem weiteren Kommentar zeigte Oeri zwar auch Verständnis für den Austritt und gab zu bedenken, dass in den bisherigen Verhandlungen mit Deutschland Fehler gemacht worden seien, aber er stellte auch klar, dass der Völkerbund und die Abrüstungskonferenz trotz des deutschen Ausscheidens weiterhin von grosser politischer Bedeutung wären. Daher solle es die Schweiz keinesfalls dem deutschen Nachbarn gleichtun und aus dem Völkerbund austreten, da dieser eine elementare politische Plattform zur «Friedenssicherung und Stabilisierung»<sup>78</sup> sei.

Die *Basler Nachrichten* stellten schliesslich ebenso die Frage, wie sich das nationalsozialistisch geführte Deutschland zukünftig aussenpolitisch verhalten werde. So betonte die Zeitung Mitte November 1933, dass das nationalsozialistische Regime «der Welt Rätsel aufgeben» würde, was seine «ausserpolitischen Ziele sind und

76 Vgl. National-Zeitung, 13.11.1933 (Nr. 528).

77 Basler Nachrichten, 16.10.1933 (Nr. 284).

78 Ebd., 21./22.10.1933 (Nr. 289). Dass sich Albert Oeri besonders intensiv mit dem deutschen Austritt aus dem Völkerbund auseinandersetzte, ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass Oeri seit dem Schweizer Beitritt zahlreichen Völkerbundsitzungen beigewohnt hatte und dadurch über ein gut ausgebautes Informationsnetzwerk verfügte. Siehe Teuteberg (wie Anm. 8), S. 193f. Im Jahr 1934 wurde Oeri auch Mitglied der Schweizer Delegation im Völkerbund.

wie es weiter verfahren»<sup>79</sup> werde. In Anbetracht der vermuteten hohen Zustimmung der deutschen Bevölkerung zur Aussenpolitik der Nationalsozialisten rechneten die *BN* ebenso wie die *NZ* damit, dass die von Hitler geführte Regierung aussenpolitisch noch selbstbewusster auftreten und agieren würde.<sup>80</sup> Durch den Ausgang des Plebiszits sah sich die Zeitung in ihrer Ansicht bestätigt, betonte allerdings zugleich, die künftige Aussenpolitik der Nationalsozialisten sei nur schwerlich einzuschätzen. So wurde lediglich die Vermutung geäussert, dass es aufgrund der bisherigen nationalsozialistischen Haltung bei der Frontstellung Deutschlands gegenüber England und Frankreich bleiben werde und daher nicht mit einer Entspannung des politischen Klimas in Europa gerechnet werden könne.<sup>81</sup> Auch die *Basler Nachrichten* sahen daher in der nationalsozialistischen Aussenpolitik einen Unsicherheitsfaktor für die politische Stabilität in Europa.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die beiden Basler Zeitungen die Austritte Deutschlands aus dem Völkerbund und der Genfer Abrüstungskonferenz als eine bedrohlich die europäische Politik destabilisierende Massnahme der nationalsozialistischen Regierung bewerteten. Beide sahen in dem NS-Regime ein Gefahrenpotential für den europäischen Frieden, wobei die Verunsicherung über die weitere Entwicklung mit Händen zu greifen war.

### **Die nationalsozialistische Innenpolitik im Blick – die Lage der Juden in Deutschland**

Im Frühjahr 1934 standen in der Berichterstattung über Deutschland wieder vermehrt die innenpolitischen Entwicklungen im Mittelpunkt von *Basler Nachrichten* und *National-Zeitung*. Beide Zeitungen beschäftigten sich unter anderem auch mit der nationalsozialistischen Politik gegenüber den Juden. Die *Basler Nachrichten* berichteten ziemlich genau ein Jahr nach dem sogenannten «Judenboykott» vom 1. April 1933 über die Lage der Juden in Deutschland. Chefredaktor Albert Oeri betonte in einem Kommentar, dass sich diejenigen, die in dem Boykott lediglich ein antisemitisches Intermezzo gesehen hatten, getäuscht hätten. Dabei wies er unter anderem auf die von den Nationalsozialisten eingeführten Bestimmungen hin, welche jüdische Personen aus den akademischen

79 *Basler Nachrichten*, 11./12.11.1933 (Nr. 310).

80 Vgl. ebd.

81 Vgl. ebd., 13.11.1933 (Nr. 312).

Berufen hinausdrängten. Ferner unterstrich Oeri, dass die von den Nationalsozialisten betriebene antisemitische Hetze zu einer zunehmenden Verbreitung von gewalttätigen Übergriffen auf Juden geführt habe, die nicht zu tolerieren seien.<sup>82</sup>

Interessant an dem Kommentar von Anfang April 1934 ist allerdings die Tatsache, dass Oeri das nationalsozialistische Vorgehen gegenüber den Juden in erster Linie aufgrund der angeblich negativen Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft kritisierte. So hob er beispielsweise hervor, die Nationalsozialisten könnten durch ihre antisemitische Politik die eigene Exportwirtschaft nachhaltig schädigen, da bereits in einigen Staaten Europas und in den USA aufgrund der systematischen Benachteiligung und Diskriminierung der Juden in Deutschland zum Boykott deutscher Waren aufgerufen werde. Darüber hinaus sah Oeri in dem nationalsozialistischen Antisemitismus auch deshalb eine Gefährdung für die deutsche Wirtschaft, da «an den Finanzmärkten und im internationalen Handel die Juden eine besonders tragende Rolle spielen»<sup>83</sup> würden und diese ihren Einfluss einsetzen könnten, um Deutschland wirtschaftlich zu schädigen. Somit verwendete Albert Oeri bei der Erörterung der Gründe, weshalb die antisemitische Politik der deutschen Wirtschaft schaden könnte, selbst antisemitische respektive antijüdische Stereotype, welche der zeitgenössisch verbreiteten antisemitischen Propaganda eines vermeintlichen «internationalen Finanzjudentums» ähnelten. Erst in den abschliessenden Worten des Kommentars betont Oeri, dass die gesetzliche Benachteiligung der Juden einer Negierung rechtsstaatlicher Kriterien entsprechen würde und daher abzulehnen sei.<sup>84</sup> Die Aussagen des einflussreichen Chefredaktors der *Basler Nachrichten* veranschaulichen, dass es kein Widerspruch sein musste, die antisemitische Politik der Nationalsozialisten aufgrund der Verletzung der Rechtsstaatlichkeit von Beginn an abzulehnen, aber gleichzeitig selber antisemitische respektive antijüdische Stereotype zu hegen.<sup>85</sup>

82 Vgl. ebd., 7./8.4.1934 (Nr. 94).

83 Ebd.

84 Vgl. ebd.

85 Es sei an dieser Stelle darauf verwiesen, dass zu Beginn der 1930er Jahre in bürgerlichen und christlich-konservativen, aber vor allem in rechten Kreisen der Schweiz der Antijudaismus respektive der Antisemitismus durchaus verbreitet war. Siehe hierzu die Forschungsergebnisse im Sammelband von Aram Mattioli (Hg.): *Antisemitismus in der Schweiz 1848–1960*, Zürich 1998, sowie die Studie von Jacques Picard: *Die Schweiz und die Juden 1933–1945. Schweizerischer Antisemitismus, jüdische Abwehr und internationale Migrations- und Flüchtlingspolitik*, 3. Aufl., Zürich 1997, hier vor allem S. 34–59. Es ist daher nicht verwunderlich, dass in den liberal-konservativen Basler Nachrich-

Auch die *National-Zeitung* beschäftigte sich mit der Lage der Juden in Deutschland. Die *NZ* wies in einem ausführlichen Artikel vom 15. Mai 1934 ebenfalls darauf hin, dass in einigen Staaten aus Protest gegen die antisemitische Politik der Nationalsozialisten ein Boykott deutscher Produkte stattfinden würde. Aber anders als bei den *Basler Nachrichten* wurde in diesem Zusammenhang nicht über die etwaigen negativen Folgen für die deutsche Wirtschaft spekuliert, sondern vielmehr hervorgehoben, der Boykott könne für die jüdische Bevölkerung in Deutschland noch grössere Einschränkungen und Diskriminierungen zur Folge haben. So betonte die Zeitung, dass «auf Boykott und Antipathie in einem Teil der Welt [...] deutscherseits mit verschärfter Tonart und Drohungen geantwortet [wird]. Die Juden, die mit der Zeit eine mildere Anwendung der Judengesetze erwarteten, sehen sich enttäuscht».<sup>86</sup> Die *NZ* stellte daher auch die Frage, ob überhaupt noch mit einer Verbesserung der Lage für die in Deutschland lebenden Juden gerechnet werden könne. Dabei wurde unter anderem auf die verschärfte Rhetorik führender Nationalsozialisten gegenüber den Juden und die Parteiprogrammatik der NSDAP verwiesen. Die Zeitung hob hervor, dass beispielsweise Propagandaminister Joseph Goebbels und Julius Streicher, der Herausgeber des NS-Hetzblattes *Der Stürmer*, wiederholt bei öffentlichen Auftritten mit einer weiteren Verschärfung der antisemitischen Gesetze gedroht hätten und das NS-Regime allein aus programmatischen Gründen «in der Judenfrage [...] keine Konzessionen machen»<sup>87</sup> werde. Auf dieser Basis kam die *National-Zeitung* zu dem abschliessenden Urteil, dass in einem nationalsozialistisch geführten Deutschland nicht mehr mit einer Verbesserung der Lage für die jüdische Bevölkerung zu rechnen sei.<sup>88</sup>

Beide Zeitungen informierten somit ihre Leserschaft ausführlich über die Benachteiligung und Diskriminierung der in Deutschland lebenden Juden seit Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft. Sowohl die *Basler Nachrichten* als auch die *National-Zeitung* lehnten die antisemitische Politik der Nationalsozialisten mit Verweis auf rechtsstaatliche Kriterien ab, zeigten aber Unterschiede hinsichtlich der Bewertung dieser Politik und ihrer Folgen. Während die *Basler Nachrichten* noch den Gründen nachgingen, warum die national-

ten Vorurteile gegenüber Juden zu finden sind, auch wenn der Antisemitismus der Nationalsozialisten kategorisch abgelehnt wurde.

86 *National-Zeitung*, 15.5.1934 (Nr. 217).

87 Ebd.

88 Vgl. ebd.

sozialistische Führung trotz des Ansehensverlustes im Ausland und den eventuell daraus resultierenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten an ihrer Vorgehensweise festhielt, stellte sich diese Frage für die *National-Zeitung* überhaupt nicht. Für sie war das Vorgehen der Nationalsozialisten gegenüber den Juden vielmehr eine logische Folge der parteipolitischen Programmatik der NSDAP. Daher rechnete die Zeitung auch nicht damit, dass sich die Lage für die Juden in Deutschland noch einmal verbessern werde.

### **Der Abschluss der Etablierungsphase – die Ausschaltung der SA-Führung und der Tod von Reichspräsident Paul von Hindenburg**

Beim Blick auf das Nachbarland standen auch in der Folge die innenpolitischen Entwicklungen des nationalsozialistischen Deutschlands im Mittelpunkt der Berichterstattung von *Basler Nachrichten* und *National-Zeitung*. Der Schweizer Presse war im Frühsommer 1934 nicht entgangen, dass sich in der deutschen Innenpolitik erhebliche Spannungen zeigten, die von den unterschiedlichen Zielsetzungen innerhalb der NS-Bewegung herrührten, aber auch auf die Kritik von Konservativen und Teilen der NSDAP gegenüber den gewalttätigen Exzessen der SA zurückzuführen waren.<sup>89</sup> Die ersten Berichte über den sogenannten «Röhm-Putsch»<sup>90</sup> vom 30. Juni / 1. Juli 1934 lassen dann aber eine erhebliche Unsicherheit über die politischen Vorgänge im Nachbarland erkennen. Die NS-Propaganda hatte das Geschehen von Beginn an als eine Präventivmassnahme gegenüber einer angeblich von der SA-Spitze und anderen Mitwissern geplanten Revolte dargestellt. Die *Basler Nachrichten* zeigten sich zunächst zurückhaltend und unsicher gegenüber den anfänglich vorliegenden Informationen eines angeblich vereitelten Putschversuches der SA-Spitze. Am 2. Juli 1934 kommentierten sie:

89 Zur Berichterstattung der führenden Schweizer Presse über diese Spannungen im Frühsommer 1934 siehe Dreifuss (wie Anm. 14), S. 89–92.

90 Der gebräuchliche, aber missverständliche Begriff «Röhm-Putsch» bezeichnet im Allgemeinen die gewaltsamen Ereignisse von Ende Juni / Anfang Juli 1934, in deren Zuge die Führungsebene der SA um Stabschef Ernst Röhm unter dem Vorwand einer von ihm angeblich geplanten Revolte auf Anweisung Hitlers ermordet wurde. Im Zuge dieser in Wahrheit parteiinternen «Säuberungsaktion» wurden weitere, von den Nationalsozialisten als feindlich eingeschätzte Personen, wie beispielsweise der ehemalige Reichskanzler Kurt von Schleicher, ermordet. In der Geschichtswissenschaft werden diese Vorgänge mittlerweile auch treffender als die «Nacht der langen Messer», «Juni-Morde» oder «Ausschaltung der SA» bezeichnet. Siehe hierzu Evans (wie Anm. 18), hier Bd. II, S. 27–53.

«Bei der Beurteilung der Tragweite des Coup vom 30. Juni scheint indessen nach wie vor Vorsicht und Zurückhaltung geboten.»<sup>91</sup>

Erst eine Woche nach den Ereignissen vom 30. Juni wurde ein ausführlicher Artikel veröffentlicht, welcher aus der Feder von Albert Oeri stammte. Darin betont er, die *Basler Nachrichten* würden bei der Darstellung bleiben, dass es sich bei den Vorkommnissen vom 30. Juni um eine präventive Massnahme der deutschen Reichsregierung gehandelt habe, da stichhaltige Beweise für einen geplanten Putschversuch der SA-Führung um Ernst Röhm vorlägen.<sup>92</sup> Die *BN* folgten somit der offiziellen Darstellung der nationalsozialistischen Führung. Für Oeri war in erster Linie die Frage von Interesse, wie sich die politische Lage in Deutschland weiterentwickeln werde: «Es kommt nach dem 30. Juni nun alles darauf an, daß ausserpolitisch wie innenpolitisch die äusserlich hergestellte Ruhe gründlich konsolidiert wird.»<sup>93</sup> Für die *Basler Nachrichten* war folglich bei der Beurteilung der Vorgänge vom 30. Juni der Wunsch nach einer schnellen innenpolitischen Stabilisierung in Deutschland und damit auch eine Vermeidung von negativen Auswirkungen auf die aussenpolitisch angespannte Lage in Europa von oberster Priorität. Die Aussagen Oeris lassen erahnen, wie gross die Sorge vor einer von Deutschland ausgehenden Destabilisierung Europas war, gerade auch unter dem Aspekt innenpolitischer Divergenzen im Nachbarland. Die Frage nach den Hintergründen der Ereignisse rund um den angeblichen «Röhm-Putsch» war vor diesem Szenario von geringerem Interesse. Zwar wurde in einem weiteren Bericht dargelegt, dass es Informationen gebe, wonach der 30. Juni auch benutzt worden sei, politische Gegner des NS-Regimes auszuschalten.<sup>94</sup> Aber gleichzeitig hielt die Zeitung daran fest, dass es sich letztlich um die Vereitelung einer Revolte gehandelt habe. Es wurde in diesem Zusammenhang auch dafür plädiert, die Aufklärung der Hintergründe der Vorgänge vom 30. Juni der deutschen Seite zu überlassen und im Ausland hierbei Zurückhaltung zu üben.<sup>95</sup>

Die *National-Zeitung* zeigte sich in der Bewertung der Ereignisse von Ende Juni / Anfang Juli 1934 weit weniger zurückhaltend und schenkte der von den Nationalsozialisten verbreiteten Version keinen Glauben. So betonte die *NZ* in einem Kommentar der

91 *Basler Nachrichten*, 2.7.1934 (Nr. 177).

92 Vgl. ebd., 7./8.7.1934 (Nr. 182).

93 Ebd.

94 Vgl. ebd., 13.7.1934 (Nr. 188).

95 Vgl. ebd., 14./15.7.1934 (Nr. 189).

Zeitungsredaktion vom 2. Juli 1934: «Nun, beide Tage besehen, war es also gar kein Putsch, kein Aufstand der S.A., sondern nur eine Säuberungsaktion.» In diesem Zusammenhang wurde auch darauf hingewiesen, dass die Ermordung des ehemaligen Reichskanzlers Kurt von Schleicher, der «bekanntlich ein Gegner von Hitler gewesen»<sup>96</sup> sei, als ein deutliches Zeichen dafür gewertet werden könne, dass die Aktion in Wahrheit der Ausschaltung von politischen Gegnern galt. Die *NZ* informierte ihre Leserschaft auch darüber, dass in der gleichgeschalteten deutschen Presse nur die offiziellen Verlautbarungen der nationalsozialistischen Führung zu lesen seien, weshalb die grosse Mehrheit der deutschen Bevölkerung an einen vereitelten Putsch glauben würde. Daher sei auch damit zu rechnen – so die Zeitung weiter –, dass die nationalsozialistische Führung um Hitler ihr Ansehen in der Bevölkerung mit der Aktion gesteigert habe. Allerdings zeigte sich die *NZ* unsicher, ob sich die innenpolitische Lage im Reich nun stabilisieren oder es künftig zu weiteren gewalttätigen Machtkämpfen kommen würde.<sup>97</sup>

Somit lässt sich auch in der Berichterstattung der *National-Zeitung* eine Unsicherheit darüber erkennen, wie sich die Ereignisse vom 30. Juni auf die Entwicklung in Deutschland auswirken würden. Die *NZ* zog aber aus dem Ereignis auch Rückschlüsse für die Schweiz, indem sie betonte, die Ereignisse des 30. Juni hätten im Hinblick auf den Erfolg der nationalsozialistisch orientierten Bewegungen im eigenen Land – wie der Frontenbewegung – auch etwas Gutes:

«Was hundert Artikel, Versammlungen, Reden und Auseinandersetzungen [...] nicht zustande gebracht hätten, das hat Exzellenz Hitler bewirkt: die Schweizer sind erwacht gegenüber den Gefahren, die das moderne Führerprinzip, die Diktaturgelüste, der Gewaltgeist für ein freies und gesundes Volk in sich bergen.»<sup>98</sup>

Aus Sicht der *National-Zeitung* war der 30. Juni somit auch ein Ereignis, von dem für die Schweiz eine handfeste Warnung vor der nationalsozialistischen Bewegung ausging. Speziell die gewalttätigen Vorgänge jener Tage hätten gezeigt, so die Zeitung weiter, dass sich die nationalsozialistische Führung von jedweder rechtsstaatlichen Praxis verabschiedet habe.<sup>99</sup> Diesen Umstand kritisierten auch die

96 *National-Zeitung*, 2.7.1934 (Nr. 296).

97 Vgl. ebd., 3.7.1934 (Nr. 299).

98 Ebd., 7.7.1934 (Nr. 306).

99 Vgl. ebd.

*Basler Nachrichten* im Nachklang der Ereignisse vom 30. Juni. In einem Artikel von Mitte Juli 1934 wurde bekräftigt, dass aus «Sicht des liberalen Rechtsstaates»<sup>100</sup> das Vorgehen der deutschen Regierung nicht gutgeheissen werden könne. Mit dieser Wahrnehmung standen die beiden Basler Zeitungen innerhalb der Schweizer Presse nicht alleine da. Die *Neue Zürcher Zeitung* berichtete beispielsweise ebenfalls von einer gänzlichen Aufhebung der Rechtsstaatlichkeit in Deutschland, welche durch die Vorgänge rund um den 30. Juni deutlich sichtbar geworden sei.<sup>101</sup>

Für die *National-Zeitung* hatte die kritische Berichterstattung über die Ereignisse des 30. Juni ernsthafte Konsequenzen, da der Verkauf respektive Besitz der Zeitung in Deutschland Anfang Juli 1934 durch die nationalsozialistische Regierung verboten wurde. Hiervon waren auch andere schweizerische Zeitungen betroffen, besonders die *Neue Zürcher Zeitung*, worüber sowohl die *BN* als auch die *NZ* berichteten.<sup>102</sup> Die *Basler Nachrichten* wurden hingegen nur mit einem kurzen, rund zweiwöchigen Verbot belegt, was vermutlich auf den insgesamt zurückhaltenden Ton zurückzuführen sein dürfte. Für beide Basler Zeitungen hatten die Geschehnisse rund um die «Nacht der langen Messer» aber offenbart, dass sich Deutschland endgültig von jeglichen rechtsstaatlichen Kriterien verabschiedet hatte und nur noch den Gesetzmässigkeiten des nationalsozialistischen Regimes folgen würde.

In dieses Bild passten schliesslich auch die Vorgänge im August 1934, als nach dem Tod von Reichspräsident Paul von Hindenburg die Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers auf Hitler vereinigt wurden. Die *Basler Nachrichten* informierten über das verabschiedete Gesetz zur Zusammenlegung der beiden Ämter und urteilten, «dass mit dem neuen Reichsgesetz der letzte wesentliche Rest der Weimarer Verfassung ausgemerzt ist». Logische Folge dieses Gesetzes sei eine absolute Machtfülle für Hitler, da sich alle staatliche Gewalt in seiner Person konzentrieren würde. Dies veranlasste die *BN* dazu, abschliessend festzuhalten: «Damit ist die vollendete Diktatur geschaffen, das autoritäre Prinzip bis in seine letzten Konsequenzen verwirklicht.»<sup>103</sup> Dazu würde auch der Umstand beitragen – so die Zeitung – dass vonseiten der Reichswehr keine

100 *Basler Nachrichten*, 14./15.7.1934 (Nr. 189).

101 Vgl. Dreifuss (wie Anm. 14), S. 74f.

102 Vgl. *Basler Nachrichten*, 9.7.1934 (Nr. 183) und *National-Zeitung*, 9.7.1934 (Nr. 308).

103 *Basler Nachrichten*, 2.8.1934 (Nr. 208).

Widerstände mehr gegenüber Hitler zu erwarten seien, da man bereits «die Vereidigung der Reichswehr auf seine Person»<sup>104</sup> beschlossen habe. Für die Zeitung war der Tod Paul von Hindenburgs somit gleichbedeutend mit der endgültigen Durchsetzung einer nach dem Führerprinzip aufgebauten, allumfassenden nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland: «Das Führerprinzip, das Einmannsystem erscheint uns restlos durchgeführt, alle Machtbefugnisse sind in eine Hand gelegt.» Die *Basler Nachrichten* betonten zudem, dass diese Entwicklung im Rückblick auf die vorangegangenen eineinhalb Jahre, die ganz im Zeichen «der fortschreitenden Konzentration der politischen Macht gestanden» hätten, zwar überraschend schnell verlaufen sei, aber als logisch erscheine. Am Ende dieses Prozesses stehe nun «die volle Verwirklichung des totalen autoritären Staates».<sup>105</sup>

In eine ganz ähnliche Richtung ging auch die Berichterstattung der *National-Zeitung*. Sie bewertete das Reichsgesetz, mit dem die beiden Ämter des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten zusammengelegt wurden, als den letzten Schritt Hitlers zur alleinigen Macht in Deutschland. Wie in den *Basler Nachrichten* wurde darauf hingewiesen, dass Hitler auch vonseiten der Reichswehr mit keinen Widerständen mehr zu rechnen habe.<sup>106</sup> Die *NZ* zeigte sich aber mit Blick auf die allumfassenden Machtbefugnisse Adolf Hitlers besorgt. Für die Zeitung war die Frage entscheidend, ob die Vereinigung der beiden Ämter in der Person Hitlers «als ein dem Frieden förderliches Ereignis angesehen»<sup>107</sup> werden könne. So wurde unter anderem zu bedenken gegeben, Hitler und die Nationalsozialisten könnten fortan aussenpolitisch völlig unabhängig agieren. Die Besorgnis der *NZ* verdeutlicht, dass die Zeitung in Reichspräsident von Hindenburg und der Reichswehr bis zu diesem Zeitpunkt durchaus noch Institutionen gesehen hatte, die Hitler und den Nationalsozialisten bei ihren aussenpolitischen Ambitionen Widerstand hätten leisten können, nun aber als ein mögliches Korrektiv wegfallen würden. Daher betonte die *NZ* auch, dass erst die Zukunft zeigen werde, «ob Hitler wirklich den Frieden möchte».<sup>108</sup>

Wie die *Basler Nachrichten*, so bewertete auch die *National-Zeitung* das Geschehen im August 1934 als den Endpunkt einer

104 Ebd., 3.8.1934 (Nr. 209).

105 Ebd., 4./5.8.1934 (Nr. 210).

106 Vgl. *National-Zeitung*, 3.8.1934 (Nr. 351).

107 Ebd.

108 Ebd.

Entwicklung, deren Ausgangspunkt der 30. Januar 1933 gewesen sei. Es wurde hervorgehoben, dass mit Hindenburgs Tod schlussendlich das letzte Hindernis auf Hitlers Weg von der Ernennung zum Reichskanzler bis zum Erreichen der allumfassenden Befehlsgewalt in Deutschland gefallen sei.<sup>109</sup> Die beiden Basler Zeitungen vertraten somit eine ganz ähnliche Einschätzung wie die *Neue Zürcher Zeitung*, die mit dem Tod des Reichspräsidenten den Beginn einer uneingeschränkten Machtbefugnis Adolf Hitlers und einer damit einhergehenden aussernormativen «Führergewalt» verband.<sup>110</sup> Somit kann davon gesprochen werden, dass die bürgerlich-liberale Presse in Basel, wie auch in der deutschsprachigen Schweiz, im August 1934 die Etablierungsphase der nationalsozialistischen Herrschaft als vollendet und die Durchsetzung des totalitären NS-Regimes in Deutschland als erreicht ansah.

### Fazit

Die Berichterstattung der beiden grossen Basler Zeitungen zeichnete sich in diesen eineinhalb Jahren durch eine spürbare Verunsicherung über die politischen Geschehnisse und Veränderungen im Nachbarland aus. Das Bild vom nationalsozialistisch geführten Deutschland war in diesem Zeitraum von Vermutungen, Ungewissheiten und einem latenten Bedrohungsgefühl geprägt, welche stets von der Befürchtung einer sich weiter verschlechternden politischen wie wirtschaftlichen Situation in Europa bestimmt waren. In den Berichten und Kommentaren ist zudem deutlich zu erkennen, dass sich die Stimmung gegenüber dem deutschen Nachbarn schleichend zu verändern begann. Dazu trugen nicht nur politische Grossereignisse wie das «Ermächtigungsgesetz», der Prozess der «Gleichschaltung» oder die Ereignisse vom 30. Juni 1934 bei. Auch lokale Begebenheiten wie die Proteste um die Hakenkreuzbeflaggung am Badischen Bahnhof waren hierfür von Bedeutung. So plädierten sowohl die *Basler Nachrichten* als auch die *National-Zeitung* aufgrund dieser Erfahrungen frühzeitig dafür, sich gegenüber dem nationalsozialistisch geführten Deutschland ideologisch und kulturell abzugrenzen. Die Perspektive der Grenzstadt Basel war somit für die beiden bürgerlich-liberalen Zeitungen ein bedeutsames Kriterium bei der Berichterstattung über die sich etablierende nationalsozialistische Herrschaft in Deutschland.

109 Vgl. ebd., 7.8.1934 (Nr. 357).

110 Vgl. Dreifuss (wie Anm. 14), S. 84f.

